

**Antrag 137/I/2020 AG Migration und Vielfalt LDK
Bekämpfung rechter Gewalt muss Aufgabe des Regierenden Bürgermeisters/der Regierenden Bürgermeisterin werden**

Beschluss: Annahme mit Änderungen

Zur Bekämpfung rechter digitaler und analoger Bedrohungen und menschenfeindlicher Herabsetzung sowie für einen besseren staatlichen Schutz der Opfer richtet das Land Berlin einen mit Fachleuten aus Verwaltungen, Wissenschaft und Gesellschaft besetzten, ressortübergreifenden Experten*innenrat ein, der bei der Regierenden Bürgermeisterin / beim Regierenden Bürgermeister angesiedelt ist.

Dort müssen alle Fragen rechter Gewalt und Bedrohung, die Wirkung in die Gesellschaft hinein und das staatliche Handeln hinterfragt werden sowie der Senat und die Fachressorts mit regelmäßigen Handlungsempfehlungen adressiert werden.

Überweisen an

Senat

Stellungnahme(n)

Stellungnahme des Senats:

Stellungnahme 1: In den Richtlinien der Regierungspolitik bekennt sich die Koalition zum Kampf gegen rechte Gewalt. Der Senat baut das „Landesprogramm Demokratie. Vielfalt. Respekt. Gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus“ aus und verstetigt die Antidiskriminierungs-, Beratungs- und Empowermentstrukturen der Zivilgesellschaft. **Der Förderbereich zur Prävention von Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus** unterstützt jährlich etwa 70 Projekte finanziell.

Stellungnahme 2: Ein Expert*innenrat wurde in der 18. Legislaturperiode nicht eingesetzt.